
FDP Bad Vilbel

FDP BAD VILBEL WILL PRÜFAUFTRAG FÜR BÜRGERSTROM

26.09.2022

Russmann: „Mit der Einführung des Bürgerstroms verbessern sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen, erneuerbare Energien lokal zu erzeugen und in die örtlichen Strom- und Gasnetze einzuspeisen“

Die FDP Fraktion in der Bad Vلبeler Stadtverordnetenversammlung hat nun einen Prüfantrag zum Thema Bürgerstrom eingereicht. Die heimischen Liberalen fordern, dass geprüft wird, in welcher Form die Stadtwerke Bad Vilbel (SWBV) eine Gesellschaft gründen können, die Dachflächen auf Privatgebäuden in Bad Vilbel mietet, die auf diesen vorzugsweise südlich ausgerichteten Dachflächen Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) installiert und betreibt. An der Gesellschaft sollen sich Bürger/-innen der Stadt Bad Vilbel und der näheren Umgebung als Kapitalgeber beteiligen können. In einer späteren Ausbaustufe soll zudem aus überschüssigem Strom Wasserstoff erzeugt, der dem Stadtgas beigemischt wird (Power-to-Gas). Es soll so die Einbindung von Bürgern in den Ausbau der Stromversorgung mit erneuerbarer Energie und ein Mehr an Autarkie für Bad Vilbel erreicht werden („Bürgerstrom“).

„Die Energiepreise sind in letzter Zeit stark gestiegen und werden aller Voraussicht nach weiter steigen. Mit der Einführung des Bürgerstroms verbessern sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen, erneuerbare Energien lokal zu erzeugen und in die örtlichen Strom- und Gasnetze einzuspeisen. Lokal erzeugte Energie schafft ein Mehr an Unabhängigkeit in der Energieversorgung. Strom muss nicht über Überlandnetze von weit her übertragen werden, so dass die Kostenanteile im Strompreis hierfür eingespart werden können. Mit PV-Anlagen auf Dächern ist anders als bei Solarparks kein Flächenverbrauch verbunden“, begründet die Fraktionsvorsitzende der FDP Julia Russmann den Antrag der Liberalen.

In Bad Vilbel gebe es viele privat genutzte Gebäude mit einem geeigneten Dach für eine

PV-Anlage, deren Eigentümer jedoch nicht über die finanziellen Mittel für die Investition in eine solche Anlage verfügten. Auf der anderen Seite gebe es Bürger, die über ausreichende Geldmittel verfügten und sich an der zu gründenden Gesellschaft der SWBV beteiligen würden. Es liege nahe, private Dachbesitzer und private Geldgeber aus der Region über eine von Bürgern finanzierte Gesellschaft zusammenzuführen. Städtisches Geld werde auf diese Weise geschont. Die SWBV hätten bereits vielfältige Erfahrungen mit erneuerbaren Energien gesammelt und seien mit ihren Beteiligungen an Solar- und Windkraftparks schon seit langem auf dem richtigen Weg, ergänzte Julia Russmann die Argumentation der Liberalen. „Andere Kommunen auch in unserer Nähe gehen derzeit diesen sehr modernen Weg der kommunalen Solidarität!“

„Ein Grund für die steigenden Strompreise ist die Gasverstromung. Wir müssen alles daran setzen, dass die Energiepreise sinken und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Dafür ist zum einen auch kommunales Engagement notwendig, zum anderen muss natürlich auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck über seinen Schatten springen und den Weg für einen vorübergehenden Weiterbetrieb der drei verbliebenen deutschen Kernkraftwerke frei machen“, so der heimische FDP-Ortsvorsitzende Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn abschließend.